

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Verwaltungsleitung
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 000 - Büro OB
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Florian Kötter 563-5893 florian.koetter@stadt.wuppertal.de
	Datum:	27.11.2002
	Drucks.-Nr.:	VO/0898/02 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
11.12.2002	Hauptausschuss	Beschlussempfehlung
16.12.2002	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Resolution des Rates der Stadt zur geplanten Demonstration von Rechtsextremisten am 11. Januar 2003		

Grund der Vorlage

Geplante Demonstration von Rechtsextremisten am 11. Januar 2003.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt folgende Resolution:

Der Rat der Stadt ruft alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wuppertal auf, sich an einem breiten Bündnis gegen Rechtsextremismus zu beteiligen und der von der NPD am 11. Januar 2003 in Wuppertal geplanten Veranstaltung eine klare und deutliche Demonstration der Demokraten entgegenzusetzen.

Der Rat der Stadt respektiert das Demonstrationsrecht. Die vorgesehene Kundgebung am 11.01.2003 ist jedoch eine erneute Provokation aller demokratischen Kräfte mit dem Ziel, rechtsextremistische Parolen zu verbreiten.

Darauf müssen wir mit Zivilcourage und öffentlicher Präsenz reagieren.

Der Rat der Stadt will daher erneut gemeinsam mit den Wuppertaler Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass dieses rassistische und menschenverachtende Gedankengut hier keinen Platz hat.

Wir sind stolz auf unsere Stadt, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Nationalitäten und Kulturkreise friedlich, tolerant und in gegenseitigem Respekt zusammen leben – und dadurch den Charakter unserer Stadt prägen.

Mit der Einweihung der Bergischen Synagoge am 08.12.2002 haben wir dazu ein weit über unsere Stadt hinausgehendes deutliches Zeichen gesetzt.

Deshalb ruft der Rat der Stadt dazu auf, am 11.01.2003 in Wuppertal keine rechtsradikalen Aufmärsche und Parolen zu dulden und sich an gewaltfreien Protestaktionen zu beteiligen.

Gez.
 Peter Jung
 Bürgermeister